



MEDIENMITTEILUNG

Ein historischer Tag für den Schutz der Rechte von Bäuerinnen und Bauern

Genf, 28. September 2018: Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat heute mit grosser Mehrheit eine Deklaration verabschiedet, die die Rechte von Bauernfamilien und anderer Menschen, die auf dem Land arbeiten, schützt. Dazu gehören auch Fischergemeinden und Nomadenvölker.

Die Uno-Deklaration ist für die Betroffenen von grosser symbolischer Bedeutung. «Ihre Verabschiedung bedeutet Respekt für unsere Arbeit», sagt Elizabeth Mpfu, Generalkoordinatorin der internationalen Bauernbewegung La Via Campesina, die weltweit 250 Millionen Bäuerinnen und Bauern vertritt. Mpfu ist aus Zimbabwe angereist, damit die Stimme der Betroffenen an der Uno gehört wird. Sie ist Mitglied einer internationalen Delegation, die seit Jahren auf den heutigen Tag hingearbeitet hat. «Wir ernähren die Welt und werden gleichzeitig diskriminiert», fährt die engagierte Bäuerin aus Zimbabwe fort. Die Deklaration gibt den Staaten Richtlinien für eine Politik an die Hand, die Hunger und Armut effizient bekämpft. Denn hierzu muss die bäuerliche Landwirtschaft besser unterstützt werden. Die Anerkennung und Stärkung der Bauernrechte ist dafür zentral. In Afrika, Asien und Lateinamerika werden tagtäglich Bauern und Bäuerinnen bedroht oder gar ermordet.

Die Schweizer Regierung hat heute für die Deklaration gestimmt, während sie 2012 noch keine Notwendigkeit für eine solche Deklaration sah. Eine gross angelegte Kampagne der Schweizer Zivilgesellschaft und Parlamentariern konnte die Schweiz umstimmen. Seiher nahm sie konstruktiv an der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe teil, die während sechs Jahren den Text der Deklaration erarbeitete. Brot für alle, Fastenopfer, Uniterre, HEKS, SWISSAID, CETIM und FIAN-Schweiz haben sich gemeinsam mit ihren Partnern im Süden aktiv für diese Deklaration eingesetzt. Auch in der Schweiz arbeiten Bauernfamilien oft unter schweren Bedingungen. Täglich verschwinden hierzulande zwei bis drei Bauernhöfe. Gleichzeitig ist es für junge Leute, die nicht aus Bauernfamilien stammen, nahezu unmöglich, an Agrarland zu kommen.

Die Uno-Deklaration erkennt das Recht auf Land und Saatgut an. Diese Rechte sind für die Bauernfamilien weltweit von zentraler Bedeutung. Das Saatgut der Bauernfamilien muss zunehmend patentiertem und zum Teil genmanipuliertem Saatgut weichen. Dieses ist nicht nur teurer, es schadet auch der Artenvielfalt und den Böden, da dabei Pestizide verwendet werden müssen. Die mächtige Lobby der Saatguthersteller macht Druck auf die Regierungen. «Der Deklarationsartikel, der das bäuerliche Saatgut anerkennt, sorgte innerhalb der Schweizer Regierung für die grössten Diskussionen», sagt Michelle Zufferey, Gewerkschaftssekretärin von Uniterre. «Deshalb freuen wir uns heute, dass die Schweiz den Bäuerinnen und Bauern ein positives Zeichen gegeben hat.» Bis Jahresende soll die Deklaration nun von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York verabschiedet werden.

Kontakt:

Ester Wolf, Brot für alle wolf@bfa-ppp.ch, 076 481 06 01

Michelle Zufferey, Uniterre m.zufferey@uniterre.ch, 078 640 82 50